

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 26. Februar 2016

Ort: Haus der Begegnung, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Anja Eichhorn, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Tilo Hellmann, Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst, Steffen Juhran, Lars Kleba, Marianne Küng-Vildebrand, Silvio Lang, Tilman Loos, Jenny Mittrach, Sören Pellmann, Sabine Pester, Jana Pinka, Susann Schöniger, Bernd Spolwig, Dagmar Weidauer

Entschuldigte Mitglieder:

Simone Luedtke, Jörn Wunderlich, Heiko Kosel

Gäste / Mitarbeiter*innen:

Juliane Nagel (MdL), Gudrun Erfurt (Sprecherin LaRa), ab 18 Uhr Ralf Becker (Sprecher LaRa), Thomas Dudzak (Mitarbeiter Landesgeschäftsstelle)

Erstellung der Niederschrift:

Doreen Marz-Schäffner, Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:

Unterlagen:

Tagesordnung

DS 5 – 028 NEU gemeinsame Konferenz der LINKEN Sachsen mit Vertreter*innen der tariffähigen Gewerkschaften

DS 5 – 086 Strategiekonferenz und/oder Regionalkonferenzen zur aktuellen Lage zum Thema Asyl/Zuwanderung

DS 5 – 088 Satzungsänderungsantrag bzgl. des Protokolls des Landesrates

DS 5 – 089 Änderung Depositavertrages mit der RLS Sachsen

DS 5 – 090 Antrag auf Unterstützung durch den Parteivorstand

DS 5 – 091 überwiesener C.7. des 12. LPT „Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommens“

DS 5 – 092 Informationen zu gleichstellungspolitischen Aktionstagen (One Billion Rising, CSD Sachsen, Internationaler Frauentag)

DS 5 – 093 1. Mai 2016 Plauen

DS 5 – 094 Beauftragung einer Entwurfsfassung für das Wahl- & Aufstellungsverfahren der Landesliste für die BTW 2017

DS 5 – 095 Ablauf der Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände der LINKEN Sachsen am 16. April 2016

DS 5 – 096 Fortführung Satzungsdebatte

Gesetzesentwurf/Referentenentwurf „Gesetz über die Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme im Freistaat Sachsen und zur Änderung weiterer Vorschriften“

Umlaufmappe:

- Niederschrift der Beratung des gf. Landesvorstandes vom 1. Februar 2016

- B gfLaVo 5-007 Übernahme Bahncard 100 für stellv. Landesvorsitzenden

- B gfLaVo 5-008 Konkretisierung der Wahlkampfunterstützung bei den LTW im März 2016 in anderen LV

- B gfLaVo 5-009 Übernahme von Reisekosten für Wahlkampfhilfe im KV Trier/Saarburg

- B gfLaVo 5-010 Unterstützung des Global Marijuana March in Dresden

- B gfLaVo 5-011 Arbeitsgremien BPT 2016 beim Parteivorstand

- „LiLi“ 1/2016 Kleinzeitung OV Limbach-Oberfrohna

- „LiLi“ 2/2016 Kleinzeitung OV Limbach-Oberfrohna
- „DIE LINKE im Erzgebirge“ Febr. 2016
- „Der klare Blick“ Jan. 2016 SV Chemnitz
- „Der klare Blick“ Febr. 2016 SV Chemnitz
- „Vogtlandbote / Linker Blick“ 02/2016 KV Zwickau & Vogtland
- „Kommunale Asylpolitik – ein Leitfaden“ Konrad Heinze Edition KFS
- „Mitteilungen“ KPF beim PV 2/2016
- „ISOR aktuell“ 2/2016
- „DISPUT“ Januar 2016
- „DISPUT“ Februar 2016
- „Kommunal“ 3/2016
- „Cuba Si revista“ 1/2016
- „Landesinfo Baden-Württemberg“ Febr. 2016

Tagesordnung:

1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung des Protokolls vom 15. Januar 2016	Niederschrift
2.	Aktuelles	
3.	Verständigung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz für Sachsen	Entwurf
4.	Behandlung des Antrages C7 an den Landesparteitag	DS 5 - 091
5.	Diskussion und Beschlussfassung zu einem Fahrplan zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie mit den Kreisverbänden zum Projekt "Kampf der Prekarität in der Mitte der Gesellschaft"	
6.	Zwischenstand Projekt "Struktur, politische Bildung, Kommunikation, ..."	
7.	Zwischenstand Projekt "Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum"	
8.	Zwischenstand Satzungsdebatte und Beauftragung zur Erarbeitung von möglichen Modellen	DS 5 - 096
9.	Antrag zu Strategiekonferenz und/oder Regionalkonferenz zur aktuellen Lage zum Thema Asyl und Zuwanderung	DS 5 - 086
10.	<u>Sonstiges:</u> Infos aus dem Landesrat, Antrag zum Protokoll Landesrat, Einschätzung One Billion Rising am 14.2., Einschätzung 13. Februar in Dresden, Ortsverbandsberatung am 16.4. - Ablauf, ...	DS 5 -088, 092, 095
11.	Initiativantrag des Landesrates zur Durchführung einer gewerkschaftspolitischen Konferenz	DS 5 - 028 NEU
12.	Antrag auf finanzielle Unterstützung des Pfingstcamps der Linksjugend[']solid] Sachsen beim PV - ohne Debatte	DS 5 - 090
13.	Beschluss zum Bücherbestand der LINKEN und Übergabe an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen - ohne Debatte	DS 5 - 089
14.	Beauftragung einer Entwurfsfassung zum Wahl- und Aufstellungsverfahren für die BTW 2017	DS 5 - 094
15.	Beschlussfassung zum 1. Mai in Plauen	DS 5 - 093

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung des Protokolls vom 15. Januar 2016

Die Tagesordnung und das Protokoll werden einvernehmlich bestätigt.

TOP 2 – Aktuelles

Rico Gebhardt informiert:

- heute fand eine Innenausschuss-Sondersitzung zu den Vorfällen in Claußnitz & Bautzen statt;
- Ministerpräsident hat sich Dienstag öffentlich dazu geäußert; das Problem Rechtsextremismus wurde

nun erkannt und dennoch unterschätzt

- Fraktion hat gemeinsam mit den Grünen eine Sondersitzung des Landtages beantragt; Regierungserklärung wurde für kommenden Montag angekündigt;
- Kern der Auseinandersetzung ist das zivilgesellschaftliche Engagement, das durch die Staatsregierung über Jahre hinweg unterdrückt wurde
- SPD Minister wurden im Vorfeld nicht informiert, dass der Ministerpräsident selbst eine Sondersitzung geplant hat
- Verantwortungsträger in diesem Land behaupten, dass Sachsen geschadet werden soll und ziehen sich auf das Argument der „Gefahr von außen“ zurück

TOP 3 – Verständigung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz für Sachsen

Juliane Nagel:

- das Thema Asyl beschäftigt uns seit letztem Jahr besonders; die wachsende Zahl der Geflüchteten und der Umgang mit dem Thema durch die politisch Verantwortlichen und den sächsischen Einwohner*innen
- es gab verschiedene Veranstaltungen, Besuche von Erstaufnahmestellen(Asyltour der Abgeordneten) usw., schlussendlich Erstellung eines Readers; um Problemstellungen in ein Gesamtpakt einflechten
- Ergebnis soll das Flüchtlingsaufnahmegesetz sein
- es gibt Kritik, Fraktion würde eigene programmatische Punkte nicht erfüllen, daher u.a. auch Diskussion im LaVo
- jedes Bundesland hat eigenes Flüchtlingsaufnahmegesetz; das sächs. Gesetz regelt derzeit nur Aufnahme & Kosten
- der Entwurf geht weit darüber hinaus; es werden Rechtsansprüche auf integrative Maßnahmen formuliert
- roter Faden des Entwurfes, ist die EU-Aufnahmerichtlinie von 2013; verbindliche Standards
- Gewaltschutzmaßnahmen fehlen noch im Entwurf; in den EU Richtlinie ist dies bereits vorgesehen und wird noch bearbeitet
- u.a. im Gesetzesentwurf: Vorrang für Unterbringung nach der Erstaufnahmeeinrichtung sollen Wohnungen haben; verbindl. und regelmäßige Information über Zuweisungen; Kostenerstattungsregelung; Sicherheits-, Investitions- & Sozialaufnahmepauschale; Kontrolle des Gesetzes; Einführung einer Beschwerdestelle
- noch offen bzw. streitbar sind: Wo wird die Aufgabe der Aufnahme angesiedelt? Mind. 6 qm Wohnfläche; Heimbeiräte installieren?

Nachfragen/aus der Diskussion:

- Frauenbeauftragte in Erstaufnahmeeinrichtungen ist wichtig
 - Gesetzesentwurf ist sehr zu begrüßen; wir machen hier eine Arbeit, die die Staatsregierung nicht hinkriegt
 - Pauschalen eher schwierig; daraus würde eine Haushaltsdebatte resultieren; Können dieses Zahlen begründet werden?
 - Pauschalisierung eher schwierig, auch wenn es der vereinfachten Abrechnung dient; spezielle (psycho)therapeutischen Maßnahmen sollten auch abgesichert sein
 - da eine Alternativen zum Entwurf nicht vorliegen, ist es schwierig etwas gut oder doof zu finden
 - Menschen mit Beeinträchtigung berücksichtigen; Traumataberatung ist sehr wichtig
 - der Landesvorstand soll nicht sagen, ob die Fraktion diese Standards als Gesetzesentwurf einbringen soll, die Frage an den LaVo ist, ob es ein geeigneter Zeitpunkt dafür ist
 - „Schutzbedürftige Personen“ definiert durch Bundesgesetzgebung; Frauen fallen leider nicht darunter;
 - 6 qm sind als Empfehlung in Verwaltungsvorschrift geregelt
 - der Zeitpunkt ist der richtige, denn jetzt ist die Situation da
 - Hauptaufgabe kommt, wenn anerkannte Flüchtlinge ins SGB II fallen, denn dann stehen die Kommunen allein da → hier müssen eigenen Regelungen gefunden werden, die fallen aus dem Entwurf raus, auch die Traumathematik
 - Schulungen / Qualifikationen derer die mit der Aufnahme zu tun haben ist notwendig
 - Warum wird behauptet, dass es kein bzw. ein günstiger Zeitpunkt wäre?
- Pro-Argumente: derzeit ist es bloß eine Zuständigkeits- & Kostenregelung, mit dem Entwurf wäre es ein Rechtsanspruch auf integrative Maßnahmen

→ Contra-Argumente: Integration ist praktisch nicht möglich, gerade im ländlichen Raum; Können wir die Ansprüche des Gesetzes auch halten?

- §9 hier die neue Schulgesetznovelle beachten
- Kostenargumentation könnte hilfreich sein
- Aufnahmequote - gibt es Regelungen? im ländlichen Raum übersteigt die Anzahl der Flüchtlinge mitunter die Einwohnerzahl → 13 Einheiten nach Königsteiner Schlüssel

Beschlussvorschlag: Der Landesvorstand unterstützt die Einbringung eines Gesetzesentwurfes durch die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, um für die Unterbringung von Geflüchteten Standards zu gewährleisten. Die Abgeordneten der Landtagsfraktion werden gebeten, die laufenden Debatten zum Thema im Landesverband zu unterstützen und ggf. ergänzende Angebote zu unterbreiten.

Ergänzung Beschlussvorschlag: Der Landesvorstand bittet die Landtagsfraktion auf die Einbeziehung einer konkreten Wohnraumgröße zu verzichten oder sich an die üblichen Wohnraumgrößen in Studentenwohnheimen zu orientieren.

Abstimmung:

- Beschluss heute fassen? → bei 3 Enthaltungen **beschlossen**
- Der Landesvorstand unterstützt die Einbringung eines Gesetzesentwurfes durch die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, um für die Unterbringung von Geflüchteten Standards zu gewährleisten. → bei einer Enthaltung **beschlossen**
- Die Abgeordneten der Landtagsfraktion werden gebeten, die laufenden Debatten zum Thema im Landesverband zu unterstützen und ggf. ergänzende Angebote zu unterbreiten. → einstimmig **beschlossen**
- Der Landesvorstand bittet die Landtagsfraktion auf die Einbeziehung einer konkreten Wohnraumgröße zu verzichten oder sich an die üblichen Wohnraumgrößen in Studentenwohnheimen zu orientieren. → 7 Fürstimmen, 8 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen **abgelehnt**

TOP 4 – Behandlung des Antrages C7 an den Landesparteitag (DS 5-091)

Tilman Loos:

- Antrag zum BGE wurde bereits auf dem letzten BPT eingebracht und am Ende auch angenommen; das war aber nicht die Ursprungsfassung; diese wurde durch Kompromisse vernichtet
- Debatte wurde dort geführt; aber durch die Behäbigkeit der Partei ist diese abgeflacht, darum Neueinreichung

aus der Diskussion:

- Debatte um das BGE ist wichtig und notwendig; doch was soll der Mitgliederentscheid (MGE) für einen Zweck haben; erst einmal muss das BGE dahingehend diskutiert werden, ob es überhaupt finanzierbar ist; MGE hat keinerlei öffentliche Wirkung
- diese Aspekte sollen in der Debatte eine Rolle spielen und Ergebnisse erzielen
- der Zeitpunkt ist im Zuge der Asylthematik gerade richtig
- Antrag sollte eingereicht werden; Zeitraum bis Ende des Jahrzehnts ist fast zu spät
- es wäre ein Hohn, wenn eine Gewerkschaft vor uns diesen Beschluss fassen würde, um den Prozess anzutreiben
- die Mitglieder entscheiden und am Ende wissen wir, ob die Partei es will; wenn sie es will, werden durch die politischen Mandatsträger*innen entsprechenden Maßnahmen eingeleitet
- auch bei den Senior*innen ist dieses Thema spannend; wir würden ein großes Spektrum an Menschen ansprechen, weil die soziale Situation der meisten Menschen immer schlechter wird
- auf einer der nächsten Sitzungen soll ein präzisierter Antrag vorliegen

GO-Antrag → Ende der Debatte → 2 / viele Enthaltungen abgelehnt → Tille zieht Redebeitrag zurück (einziger offener Debattenbeitrag auf Redner*innenliste)

Abstimmung:

4 dagegen / 2 Enthaltungen **angenommen**

TOP 5 – Diskussion und Beschlussfassung zu einem Fahrplan zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie mit den Kreisverbänden zum Projekt "Kampf der Prekarität in der Mitte der Gesellschaft"

nicht behandelt - von TO genommen

TOP 6 – Zwischenstand Projekt "Struktur, politische Bildung, Kommunikation, ..."

Sabine Pester:

- es liegen 2 Papiere vor (politische Bildung -auf nächster Sitzung-, Gleichstellung und verschiedenen Themen - beide Papiere werden zusammengeführt) ein weiteres ist in der Pipeline
- sollen auf dem nächsten LPT eingebracht werden
- inhaltlich: u.a. geschlechtergerechte Ansprache, Diskussionskultur; Finanzen, Termindichte u.m.
- in Vorbereitung auf LPT soll Umfrage zu Strukturen erfolgen
- 8.4. nächster Beratung 14.45 Uhr

- Verständigung in der Gruppe, Finanzen werden nicht besprochen, hier gibt es die Finanz- & Strukturdebatte; gleiches gilt für die Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum

TOP 7 – Zwischenstand Projekt "Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum"

Antje Feiks:

- Ziele formuliert, zur Arbeitsweise verständigt; Fragen zu Strukturen und Mitglieder werden nicht angefasst
- Schwerpunkte: Wodurch wird (linke) Politik sichtbar im ländlichen Raum? Wo sind politische Diskussionsorte?; Wie machen wir linke Politik in der Fläche plastisch, verständlich und präsent? Wie erreichen wir Menschen? Ist regionale Zusammenarbeit über die Kreisgrenzen hinaus ein möglicher Schlüssel für mehr Sichtbarkeit der LINKEN?
- neuer Termin wird erdoodelt

TOP 8 – Zwischenstand Satzungsdebatte und Beauftragung zur Erarbeitung von möglichen Modellen zu Satzungsänderungen (DS 5 - 096)

Tilman Loos, Silvio Lang, Sören Pellmann:

- mit den Antragsteller*innen der Satzungsänderungsanträge verständigt
- Großteil der Kreisverbände wurde durch Satzungs-Verantwortliche besucht
- Sollen diese Satzungs-Verantwortlichen zielorientierte Vorschläge machen? („Welches Modell ist gewünscht?“ ; danach erst Satzungsänderungsvorschläge ausarbeiten)
- Diskussionsfreudigkeit der Kreisvorstände unterschiedlich
- Fürrede für Methode erst Modell besprechen, dann Satzungsänderungsvorschläge
- Dank an die Gruppe für ihre Arbeit

aus der Diskussion:

- es gab 4 Monate Zeit zur Diskussion; das ist ausreichend → Variante b)
- Option: ‚Modelle + Satzungsänderungen‘ offenhalten, falls man kleinsten gemeinsamen Nenner findet
- 2017 beschäftigen wir uns mit Bundestagswahl; sollte man also nicht zu spät schieben
- viele Satzungsänderungsanträge bedeuten wahrscheinlich viel Diskussion und damit weniger Konzentration auf das Wesentliche: die unterschiedlichen Modelle
- nach dem aktuellen Zeitplan, wird es zeitlich eng, die notwendigen Änderungsanträge zu erarbeiten
- es gab genug Zeit zur Diskussion
- Satzungsänderungsanträge sind kompliziert und benötigen viele Augen, die darüber schauen; der Zeitplan wäre daher sehr eng

Abstimmung Beschlusspunkt 1: einstimmig **angenommen**

Abstimmung Beschlusspunkt 2:

- a) nur Modelle: 8 dafür
- **b) Modelle & fertige Satzungsänderungen: 9 dafür**

Abstimmung Beschlusspunkt 3: bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen **angenommen**

TOP 9 – Antrag zu Strategiekonferenz und/oder Regionalkonferenz zur aktuellen Lage zum Thema Asyl und Zuwanderung (DS 5 - 086)

aus der Diskussion:

- „Offensive für ein menschliches Sachsen“ Veranstaltungen des KFS finden immer noch statt; Antrag sollte abgelehnt werden, Thema wird durch Landtagsfraktion und Landespartei ausreichend bespielt
- Antragsteller an LAG Migration & Asyl überweisen
- Welche politische Botschaft / Ergebnis sollte denn damit verbunden sein?
- die KV bitten, diesen Antrag in den Kreisen aufzunehmen und VA organisieren, angepasst auf die jeweilige Kreisspezifik
- heute nicht beschließen; mit der Anmerkung: Antragsteller auf die LAG Migration & Asyl zu verweisen; auf stattgefundene VA und Angebote hinweisen; über Beschlusslage zum Thema informieren

Abstimmung:

bei 2 Enthaltungen abgelehnt

TOP 10 – Sonstiges:

Infos aus dem Landesrat

- Protokoll für den Landesrat wird nicht mehr finanziert; Lösung: Festlegungsprotokoll mit Debatten-schwerpunkten, Landesratsmitglieder wechseln sich mit Protokoll ab
- DS 5 - 088: Satzung sollte entsprechend geändert werden

Abstimmung:

einstimmig angenommen

Einschätzung One Billion Rising am 14.2.

- Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt
- in Dresden Veranstaltung parallel zum Frauentag, da am 13. Februar schwierig
- Veranstaltung am 11. März im Landtag wird beworben
- nächstes Wochenende: Bundesfrauenkonferenz wird beworben (Ausstellung häusliche Gewalt, Workshops, ...)

CSD:

- CSD-Thematik wird mit der LAG-Queer weiter besprochen

Einschätzung 13. Februar in Dresden

- Anmeldung rechter Kräfte für den 12. Februar zu zweifelhaften Gedenkstein in Nickern
- 600 Rechte am Stadtrand vs. ca. 350 Gegendemonstrant*innen
- Täterspurenmahngang durchgeführt und ‚größte inhaltliche Veranstaltung‘
- Orga-Veranstaltung lief zu großen Teilen nur über uns (Technik über andere Strukturen)
- wir sollten auch mit Fahnen anwesend sein; Bündnis-Konsens zu Fahnen sollte eingehalten werden oder nicht, aber nicht halbe/halbe; vom Bündnis Dresdner Nazifrei gibt es kein Fahnenverbot
- Widerspruch: beibehalten, wie es jetzt ist; Fahnen bringen keinen großen Nutzen
- 3 Stunden im Februar sind zu lang

- Rico soll als Gesicht ans Frontbanner
- in Chemnitz haben die JN (Junge Nationalisten) einen Aufmarsch am 6. März angemeldet (auch hier ein Tag nach dem üblichen Tag)

Ortsverbandsberatung am 16.4. – Ablauf

- geändertes Konzept wegen anderer Erwartungshaltung der Ortsvorsitzenden
- Eröffnung, diverse Informationen/Überblicke, Workshops, Zusammenfassung/Ausblick
- Welche Workshops sollten durchgeführt werden? (max. 4 Workshops)
 - Struktur, Finanzen, Satzung (VA: Spolle, Tille unter Vorbehalt)
 - Bearbeiten wir nur das Thema Asyl und Geflüchtete? (VA: Jayne-Ann)
 - Was für eine Partei wollen wir sein? Wie gehen wir mit Neuen um? Wie werben wir um neue Mitglieder? (VA: Anja)
 - Welche Möglichkeiten haben wir als LINKE in Sachsen, um mit unseren Themen durchzudringen? Was tun die Ortsverbände konkret dafür? (VA: ???)
 - Welche Probleme seht ihr in Euren Ortsverbänden und welche konkrete Unterstützung wünscht ihr Euch aus Eurem Kreisverband oder von Landesebene?
- heute entscheiden oder über den OV-E-Mail-Verteiler schicken
- Workshop 1 sollte obligatorisch gemacht werden (Wunsch nach Diskussion; Kostengründe)
- Workshop 4 und 5 sollte man zusammenlegen
- Landesarbeitsgemeinschaften / Landesweite Zusammenschlüsse sollten ebenfalls angefragt werden

Abstimmung:

- einstimmig angenommen (mit Ergänzung OV-Rundmail)

TOP 11 – Initiativantrag des Landesrates zur Durchführung einer gewerkschaftspolitischen Konferenz (DS 5 028 neu)

- Gewerkschaften sind wichtige Bündnispartner
- verschiedener Status von Gewerkschaften (DGB-Nähe, wirtschaftlicher Einfluss der Gewerkschaft, ...)
- nur tariffähige oder alle Gewerkschaften einladen?
- Wurde diesbezüglich schon mit Gewerkschaften kommuniziert?
- verschiedene arbeitnehmerrelevante Fragen werden von der neuen Rechten angesprochen
- Industrialisierung 4.0 sollte auf der Konferenz gestrichen werden, solange wir als LINKE keine Positionen gebildet haben (besserer Anlaufpunkt auf Parteiebene; LAG Betrieb und Gewerkschaft)
- Widerspruch: sollte auf der TO bleiben; wir haben Genoss*innen, die sich das Thema auf die Fahnen geschrieben haben
- Konferenz sollte an einen Landesparteitag gekoppelt werden
- mit Konferenz den ländlichen Raum unterstützen?
- Zielgruppe der Konferenz sollte genauer definiert werden (Gewerkschaftsvertreter*innen aus der hierarchischen Mitte / Gewerkschaftler*innen, die aktiv in den Betrieben verankert sind)
- seit über einem Jahr Planungen für eine (partei-)übergreifende Konferenz
- problematisch: etwas zu beschließen, ohne zu wissen, ob die Gewerkschaften überhaupt mitmachen
- Treffen mit SPD, Grüne und DGB: gemeinsame Veranstaltung im Oktober (SPD berät sich noch dazu)
- primäres Ziel: LINKE / Fraktion mit den Gewerkschaften (nicht mit anderen Parteien)
- Konferenz konzeptionell und thematisch vorzubereiten
- Prüfung: Kann die Fraktion als Teil fungieren?

Abstimmung Änderungsantrag: „tariffähig“ streichen:

→ bei einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen mehrheitlich **angenommen**

Abstimmung: Änderungsantrag: Geschäftsführender Landesvorstand und LAG Betrieb und Gewerkschaft sollen gemeinsam ein Konzept erarbeiten → einstimmig **angenommen**

- LAG Migration soll beteiligt werden; LAG besteht formal schon
- Antje prüft, ob die LAG Migration eine formell anerkannte LAG ist

Abstimmung:

- mehrheitlich / 1 / 4, Antrag **angenommen**

TOP 12 - Antrag auf finanzielle Unterstützung des Pfingstcamps der Linksjugend[']solid] Sachsen beim PV - ohne Debatte

- Ersetzung ‚Bundesvorstand‘ durch ‚Partei Vorstand‘ (vom Antragssteller übernommen)

Abstimmung:

- einstimmig angenommen

TOP 13 - Beschluss zum Bücherbestand der LINKEN und Übergabe an die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen - ohne Debatte

- sichergestellt, dass Bücher der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen
- müsste noch in Verträge gegossen werden

Abstimmung:

- einstimmig angenommen

TOP 14 - Beauftragung einer Entwurfsfassung zum Wahl- und Aufstellungsverfahren für die BTW 2017

- Leitfragen werden in den Kreisverbänden besprochen
- diverse Personen vorgeschlagen, Vorschläge für ein Wahl-/Aufstellungsverfahren (oder mehreren Alternativen) zu erarbeiten

aus der Diskussion:

- gutes Team, gute Zusammensetzung

Änderungsantrag: die Satzungsfragen-Gruppe sollte aus der Namensliste gestrichen werden

- 1 / 6 / 6, **abgelehnt**

Abstimmung:

- mehrheitlich **angenommen**

TOP 15 - Beschlussfassung zum 1. Mai in Plauen

- Naziaufmarsch in Plauen durch Nazi-Kleinstpartei
- Gegen-Bündnis plant bereits
- alle friedlichen Aktionen sollten unterstützt werden

Abstimmung:

- mehrheitlich / 0 / 1

Erklärung zum Abstimmungsverhalten, Tilman Loos: Sören Pellmann und Silvio Lang sollten aufgerufen sein, in Plauen anwesend zu sein

F.d.R.

Dresden, 16.03.2016



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin